BEILAGE HAMBURG

3/75

So entsteht Selbständigkeit und Solidarität unter den Arbeitern im grafischen Gewerbe

Wir berichten hier über die Entwicklung in der IG Druck und Papier in Hamburg, weil wir glauben, daß daran auch für Kollegen in anderen Städten und Branchen zu erkennen ist, wie sich die Loslösung der Kollegen aus Passivität und Vereinzelung an scheinbar geringen Anlässen vollzieht, wenn einige Kollegen da sind, die dieses organisieren, und wie trotz großer Hindernisse die Solidarität unter den Arbeitern als notwendiges Mittel zum Überleben in der vor uns liegenden schweren Zeit entsteht. Wir tun dies so, wie es unter Arbeitern, die sich Klarheit über die gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre Lage verschaffen wollen, notwendig ist: sachlich und mit möglichst genauer Darstellung der Tatsachen. Dabei konzentrieren wir uns darauf, was aus unserer Sicht wichtig ist. Wenn ihr anderer Meinung seid oder mit uns diskutieren wollt, laßt es uns wissen.

Zur Vorgeschichte

Der Hamburger Ortsverein der IG Druck und Papier, der größte innerhalb dieser Gewerkschaft, hat in den 50er Jahren sein höchstes Gremium, die Mitgliederversammlung, abgeschafft und an deren Stelle eine Delegiertenversammlung eingerichtet. Dies geschah mit dem Argument, daß die Vertretung der Interessen aller Kollegen nicht gewährleistet sei, wenn nur die bestimmten, die zu den Mitgliederversammlungen kämen. Vielmehr müßte auch die "schweigende Mehrheit" entsprechend vertreten sein. Hinter diesen Worten verbarg sich die Absicht des Vorstandes, eine Majorisierung der Mitgliederversammlung durch die Gewerkschaftsmitglieder eines einzigen Betriebes zu verhindern. Zum damaligen Zeitpunkt waren dies die Kollegen der GBG-Druckerei, die mit dem Vorstand in verschiedenen Fragen im Streit lagen. Der Vorstand schob der sich anbahnenden Entwicklung einen Riegel vor, indem er das Delegiertensystem einführte. Die Masse der Kollegen nahm das widerstandslos hin. Aber untersuchen wir einmal die Argumente unserer Gewerkschaftsführung von damals. Tatsache war, daß die Beteiligung der Kollegen -gemessen an der Mitgliederzahl in Hamburg- zu gering war. Es war also die Frage zu lösen: Wie können mehr Kollegen für das gewerkschaftliche Leben interessiert werden? Nach der Vorstellung des Vorstandes dadurch, daß die Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben sich einen oder mehrere Delegierte wählen. Die Wirklichkeit war dann so: In vielen Betrieben wurde

Überhaupt nicht gewählt, die organisatorische Umstellung vom Mitglieder- auf das Delegiertensystem machte die Gewerkschaft nicht attraktiver. Dort, wo gewählt wurde, fiel die Wahl meist auf Kollegen, die sich ohnehin um die Gewerkschaft gekümmert haben ("Der macht das schon"). Den sowieso aktiven Kollegen wurde ein Titel gegeben, und die Masse der Kollegen wurde in ihrer Passivität bestärkt. Man sieht also, mit der Einführung der Delegiertenversammlung hat sich positiv überhaupt nichts verändert; das Interesse der Kollegen wurde dadurch nicht größer.

Mit der Delegiertenversammlung blieb natürlich der Grundsatz der Demokratie in der Gewerkschaft auf der Strecke: Jeder Arbeiter, der seine Interessen zum Ausdruck bringen will, muß das Recht, in den von ihm geschaffenen Organen (z.B. Gewerkschaften) an der Entscheidung teilzuhaben, auch in Anspruch nehmen können. Entscheidungen können nur mit einer möglichst breiten Mehrheit durchgeführt werden. In den 50er und 60er Jahren, als die Gewerkschaft vor allem Tarifmaschine war, verschwand die Notwendigkeit für dieses Prinzip.

Es gab unter der Masse der Organisierten kein Bedürfnis dafür, solange sie individuelle Wege gehen konnten, um Zugeständnisse vom Unternehmer zu bekommen. Seit Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, mit dem Ende der Wirtschaftsexpansion verändert sich die ökonomische Lage der Arbeiter, sie beginnen ihre Wünsche und Interessen stärker als bisher in die gewerkschaftlichen Organisationen zu tragen, da der individuelle Weg an seine Grenzen kommt. Auch im Ortsverein der Hamburger IG Druck und Papier hat diese Entwicklung Folgen: Die Delegiertenversammlungen werden von immer mehr Delegierten und Mitgliedern besucht. Die Diskussionen über die Probleme der im grafischen Gewerbe Beschäftigten nehmen zu. Die Vorstandsmitglieder, gewöhnt daran, daß ihre Entscheidungen geduldet und im Nachhinein gutgeheißen werden, geraten mit ihren sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen immer mehr in Widerspruch zu den wirklichen Erfahrungen der Kollegen im Betrieb: Von "Sozialpartnern" ist am Arbeitsplatz keine Rede mehr; immer deutlicher wird es, daß es eine Trennung zwischen "wir hier unten und die da oben" gibt. Die Kollegen mischen sich in die Politik ihrer Gewerkschaft ein. Es gibt Initiativen, ohne zu fragen, ob es dem Vorstand genehm ist. Politisches Denken, Klassendenken zieht wieder ein und findet gelegentlich Widerhall. Die Mehrheiten für den Vorstand werden knapper, oft werden Beschlüsse gefaßt, die den Auffassungen des Vorstandes und vieler Gewerkschaftsfunktionären widersprechen. Der Vorstand reagiert mit verschiedenen Mitteln auf diese Entwicklung:

- unbequeme Kollegen, denen er aufgrund ihrer Tätigkeit außerhalb der Gewerkschaft am Zeug flicken kann, werden rausgeworfen, ohne sie vor der

Delegiertenversammlung zu Wort kommen zu lassen
- Redezeit wird beschränkt
- Tonband wird aufgestellt
- Abstimmungszeit wird begrenzt
- Versammlung wird 5 Monate nicht einberufen, wenn es ihm angebracht erscheint, usw.

Alle diese Mittel haben eins zur Grundlage: Der Vorstand geht vor mit Paragraphen auf dem Papier, mit Satzung, Statut und Geschäftsordnung. Er weicht so der gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzung mit formalen Mitteln aus. Das Delegiertensystem, das damals dem gewerkschaftlichen Leben einen größeren Rahmen geben sollte, soll jetzt zu einem Mittel werden, die sich regenden Kollegen, die mit ihren Interessen den vorgeschriebenen Rahmen zu sprengen drohen, zurückzudrängen. Wir wollen damit nicht sagen, daß ein gewerkschaftlicher Ortsverein keine Geschäftsordnung und keine Satzung haben soll, wir meinen nur, daß solche Vereinbarungen so beschaffen sein müssen, daß diese den Versuchen der Kollegen, sich über ihre Lage zu unterhalten und Maßnahmen zu ergreifen, nicht im Wege stehen dürfen. Satzung und Geschäftsordung sollen den Rahmen für eine Entfaltung und nicht Beschneidung der Tätigkeit der Kollegen geben. Dieses wird uns aber von den hauptamtlichen Funktionären nicht geschenkt, wir müssen es nach und nach bei den verschiedensten Gelegenheiten und anhand auch der kleinsten Anlässe durchsetzen. Schritte in dieser Richtung wollen wir hier als Beispiel geben.

Die letzten Ereignisse

Im Herbst 1974 legte der Ortsvereinsvorstand Änderungsvorschläge für die Geschäftsordnung der Delegiertenversammlung vor. Nach seiner Vorstellung sollten Diskussion und Abstimmung darüber möglichst schnell und ohne viel Aufhebens über die Bühne gehen. Die Eile erklärt sich daraus, daß die Änderungen darauf hinausliefen, die Rechte der Delegierten noch weiter einzuschränken, die des geschäftsführenden Vorstandes aber zu erweitern, um so den Ablauf der Versammlungen wieder in den Griff zu bekommen. Der Widerstand gegen die Vorstandspläne begann mit der Forderung eines Kollegen, daß die Delegierten Zeit haben müßten, sich mit den Änderungswünschen zu befassen und eventuell auch eigene Vorstellungen zu erarbeiten. Viele Delegierte schlossen sich dem an, und der Vorstand war gezwungen, diesen Tagesordnungspunkt auf die nächste Delegiertenversammlung zu verschieben. Als diese Versammlung stattfand, hatte sich das Bild gewandelt: Neben dem Vorstandsentwurf lag eine Reihe von Änderungsvorschlägen auf dem Tisch, die Kollegen teils in gemeinsamer Diskussion mit anderen, teils im Alleingang erarbeitet hatten. Ihnen gemeinsam war das Ziel, die Rechte der Mit-

glieder und Delegierten im Gegensatz zum Vorstandsvorschlag zu erweitern. Auf der Versammlung (18.11.1974) wurde jeder einzelne Paragraph diskutiert, mehrere von Kollegen eingebrachte Vorschläge wurden mit Mehrheit beschlossen. Zwei neue Paragraphen wurden aufgenommen:

9. Außerordentliche Delegiertenversammlung
Auf Antrag von 10 Prozent der Delegierten oder 150 Mitgliedern muß innerhalb von 2 Wochen eine Delegiertenversammlung stattfinden ....

10. Mitgliederversammlungen
Die Delegiertenversammlung hat das Recht, Mitgliederversammlungen zu beschließen.

Diese Erweiterung der Rechte der Mitglieder hatte unmittelbar keine Folgen, sie blieb vorerst Papier, viele Kollegen registrierten nicht, daß hier ein gewisser Spielraum geschaffen wurde.
Im Winter gingen die Diskussionen im Ortsverein hauptsächlich um die Frage, was angesichts zunehmender Rationalisierung und Arbeitslosigkeit im grafischen Gewerbe an Maßnahmen ergriffen werden kann. Mehrere Ereignisse waren dafür besonderer Anlaß:

- die durch die Verlegung der WELT (Springer-Verlag) von Hamburg nach Kettwig bzw. Bonn hervorgerufene Entlassungswelle
- die Entlassungswelle bei der SPD-eigenen Auer-Druckerei (Morgenpost)
- die Informationen über die Zeitungsfusionen bzw. -einstellungen, soweit sie den Kollegen durch Presse und Fernsehen bekannt wurden
- Stillegungen mehrerer kleinerer und mittlerer Betriebe in Norddeutschland
- die dauernde Verschlechterung der Arbeitsbedingungen

Schon auf der 9. Delegiertenversammlung (16.12.1974) war beschlossen worden, daß der Ortsvereinsvorstand noch im Januar eine Demonstration gegen die Entlassungen vorzubereiten habe. In der Zeit bis zur 10. Delegiertenversammlung (27.1.1975) geschah jedoch nichts zur Verwirklichung dieses Beschlusses. Daher begann diese Delegiertenversammlung sofort mit einem Initiativantrag der Vertrauensleute der Firma Springer, die schon beschlossene Demonstration noch am 31. Januar durchzuführen.
Über das Zustandekommen und den Verlauf der Demonstration haben wir bereits in unserer Hamburger Beilage zur Arpo 1/75 berichtet.
Rund 14 Tage später fand eine außerordentliche Delegiertenversammlung (17.2.75) zur Tarifsituation statt, die allerdings mit der Frage begann, was bei Auer los sei, ob da schon wieder Kollegen entlassen werden sollten. (1974 waren schon rund 120 Kollegen entlassen worden. Damals hatte die Geschäftsleitung nach erfolgter Entlassung -mit Sozialplan- erklärt, personell sei ein Minimum erreicht, im Satzbereich würden vorläufig keine Entlassungen anstehen. Der Vorstand unseres Ortsvereins war gleicher Meinung.) Ein Auer-Betriebsrat war nicht anwesend, der hätte Klarheit schaffen können.

Der Ortsvereinsvorstand wußte nichts über derartige Ankündigungen. Lediglich ein Vertrauensmann konnte kurz berichten, was in den letzten Tagen bei Auer geschehen war:
Die Geschäftsleitung hatte den Technischen Direktor und den Hauptabteilungsleiter der Setzerei (Gewerkschaftsfunktionär Domning) aufgefordert, ein Konzept für die künftige Zeitungsherstellung im Satzbereich zu erstellen und dabei das Personal auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Der Plan dieser beiden Herren sah u.a. vor, daß die bisher übliche Frühschicht (7-16 Uhr) und die Spätschicht (15-23.30 Uhr) so geändert werden, daß sie sich in der Hauptarbeitszeit, am Spätnachmittag, überschneiden. Durch diesen Trick wäre gewährleistet, daß mit 2 schwach besetzten Schichten trotzdem genügend Personal für die Zeitungproduktion anwesend wäre. 28 Kollegen sollten nun rausgeschmissen werden.
Als der Betriebsrat von diesem Plan erfuhr, hängte er eine Mitteilung darüber in der Setzerei aus. Die Kollegen diskutierten heftig, die Arbeit begann nur schleppend. Es wurde vom Betriebsrat gefordert, die Namen der für die Entlassung vorgesehenen Kollegen müßten bekannt gegeben werden. Nach Verhandlung mit der Geschäftsführung wurden die Namen bekanntgegeben -sofort zerfiel die anfangs noch vorhandene Empörung: Einige von den Gekündigten waren sofort einverstanden, sie hatten sich ihr Abfindungsgeld errechnet. Die diesmal nicht betroffenen Kollegen drückten ihre Dankbarkeit aus, indem sie dafür sorgten, daß die Zeitung an diesem Tag wieder pünktlich erschien.

Nach diesen Informationen hatte der Ortsvereinsvorstand nichts weiter zu sagen, als auf den Sozialplan zu verweisen. Einige Kollegen drückten ihre Empörung durch einen Initiativantrag darüber aus, daß ein Gewerkschaftsfunktionär verantwortlich an der Durchführung von Entlassungen beteiligt ist. Sie wollten festgestellt wissen, daß eine solche Tätigkeit nicht mit gewerkschaftlichen Funktionen zu vereinbaren ist. Dieser Antrag fand aber unter den Delegierten keine Mehrheit.
Der Antrag eines Kollegen der 'Deutschen Journalisten-Union' wurde allerdings mit Mehrheit angenommen:

"Die außerordentliche Delegiertenversammlung des Ortsvereins Hamburg der IG Druck und Papier fordert den Ortsvereinsvorstand der IG Druck und Papier in Hamburg und den Landesvorstand der IG Druck und Papier auf, umgehend und nachdrücklich vom geschäftsführenden Hauptvorstand die sofortige Durchführung der schon mehrfach angekündigten zentralen Protestkundgebung unserer Gewerkschaft in Bonn unter Beteiligung aller Landesbezirke zu verlangen. Die Delegierten erwarten vom Ortsvereinsvorstand, daß zur Vorbereitung dieser Kundgebung für die nächste ordentliche Delegiertenversammlung spätestens in der ersten Märzhälfte auch ein Vertreter der von den Kündigungen bei der 'Neuen Hannoverschen Presse' betroffenen Kollegen eingeladen wird. Darüber hinaus fordern sie den Ortsvereinsvorstand auf, auf dieser Sitzung über Konzentra-

tionsmaßnahmen zu berichten, die die Presse in unserem Landesbezirk betreffen werden oder schon betroffen haben und weitere Arbeitsplätze vernichten. Die Delegierten erwarten, daß dieser Antrag in den nächsten 'Mitteilungen' abgedruckt und so den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht werde."

In der Begründung zu diesem Antrag hieß es:

"... Angesichts der inzwischen de facto erfolgten Übernahme der 'Neuen Hannoverschen Presse' durch die 'Hannoversche Allgemeine Zeitung', der endgültigen Schließung des technischen Betriebs bei der 'Deutschen Verlags Anstalt', der Schließung des französischsprachigen Dienstes bei der 'Deutschen Presse-Agentur' und der 28 weiteren Entlassungen bei Auerdruck halten wir jede weitere Verzögerung einer zentralen machtvollen Demonstration der Lohnabhängigen im technischen und journalistischen Bereich ... für eine Schädigung der Interessen unserer Mitglieder."

Als sich bei Auer rumgesprochen hatte, daß auf der kommenden Delegiertenversammlung ein Kollege aus Hannover anwesend sein wird, diskutierten einige Kollegen über den Zeitpunkt der Versammlung: In der Regel fangen die Hamburger Delegiertenversammlungen montags um 17.00 Uhr an. Die Kollegen aus den Pressebetrieben haben dann ihre Hauptarbeitszeit, sie können nicht erscheinen. Einige Kollegen formulierten einen Antrag, der das erstemal eine neue Möglichkeit der im Herbst beschlossenen Geschäftsordnung nutzen sollte. Wenn 150 Mitglieder es durch ihre Unterschrift verlangen, muß innerhalb von 14 Tagen eine Delegiertenversammlung einberufen werden:

Antrag an den Vorstand des Ortsvereins Hamburg der IG Druck und Papier

Gemäß §9 der Geschäftsordnung der Delegiertenversammlung des Ortsvereins Hamburg beantragen wir die Einberufung einer Delegiertenversammlung.

Wir sind besorgt über die mangelede Möglichkeit für unsere Kollegen, in den turnusmäßigen Delegiertenversammlungen Erfahrungen auszutauschen über die ständig schwieriger und bedrohlicher werdenden Zustände in den Pressebetrieben sowie dementsprechende Maßnahmen von seiten unserer Gewerkschaft zu besprechen.

Wir beantragen daher die Einberufung einer Delegiertenversammlung mit Einladung an alle Mitglieder des Ortsvereins Hamburg, insbesondere der in den Pressebetrieben Beschäftigten, an einem der nächsten Sonnabendnachmittage. Es soll gerade den Kollegen aus den Zeitungsschichtbetrieben Gelegenheit gegeben werden, daran teilzunehmen. Die gemäß dem Antrag des Kollegen D.Brumm (vom 17.2.75) von der DV beschlossene Einladung von Kollegen der "Neuen Hannoverschen Presse" soll mit dieser Versammlung verbunden werden.

Wir schlagen der Versammlung folgende Tagesordnung vor:
1. Bericht von Kollegen aus Hannover
2. Fragen aus der Versammlung und Diskussion
3. Bericht von Kollegen von Auer

4. Bericht von Kollegen von Springer
5. Berichte aus anderen Betrieben
6. Diskussion

Dieser Antrag soll in der Einladung zur Versammlung abgedruckt werden.

Begründung:
Nach Gesprächen unter Kollegen im Pressehaus halten wir es für notwendig, die in den Gesprächen zum Ausdruck gekommenen Wünsche auf diesem Wege in die gewerkschaftliche Diskussion zu tragen. Die Kollegen sind der Meinung, daß die Vorgänge in den Pressebetrieben auch für die Kollegen der kleineren und mittleren Betriebe wichtig sind, weil die aus den Zeitungsbetrieben entlassenen Kollegen ja doch wieder Arbeit suchen müssen und dann in diese Betriebe gehen werden.

Eine Reihe von Delegierten und Mitgliedern nahm es in die Hand, dem Antrag die nötigen Unterschriften zu verschaffen. Alte Kontakte wurden wiederhergestellt, den Kollegen in den Betrieben wurde der Zusammenhang und das Ziel der angestrebten Versammlung erläutert. Oft waren die angesprochenen Kollegen mißtrauisch, sie glaubten nicht an solch eine Möglichkeit und wollten die neue Geschäftsordnung selbst sehen. Andere hatten schlechte Erfahrungen mit Unterschriftensammlungen gemacht, die ohne praktische Folgen blieben oder für den einzelnen Kollegen Nachteile in Betrieb und Gewerkschaft mit sich brachten. Auch bei Auer unterschrieb ein großer Teil der Kollegen erst, als auch der Betriebsratsvorsitzende unterschrieben hatte. Die Drucker von Auer wollten überhaupt nichts davon wissen. In vielen Fällen konnten jedoch die Einwände, die von den Kollegen kamen, in der Diskussion ausgeräumt werden.

Auf der 11. Delegiertenversammlung (24.3.1975) konnte ein Vertrauensmann von Auer im Anschluß an das Referat des Kollegen Hillmann (Betriebsratsvorsitzender der Druckerei der 'Neuen Hannoverschen Presse') dem Ortsvereinsvorstand den Antrag mit 249 Unterschriften überreichen. Der Ortsvereinsvorsitzende Heinz Wolf hatte eine Kopie des Antrags schon vorher bekommen, was für ihn Anlaß war zu bemerken, daß ein solches Vorhaben umsonst sei, da der Kollege Hillmann ja schon für eine Delegiertenversammlung auf dem üblichen Termin eingeladen sei. An einem Wochenende würde ohnehin niemand die Versammlung besuchen. Als sich nun aber während dieser Versammlung eben jener Kollege aus Hannover bereit erklärte, auch ein zweites Mal (am Wochenende) zu erscheinen und über die Vorgänge in Hannover zu berichten, stand der von den Kollegen geforderten Versammlung nichts mehr im Wege. Den Initiativantrag mehrerer Kollegen, das Referat über die Entwicklung in Hannover vom Tonband abzutippen, wies der Vorstand mit Formalien ab. Er wollte eine

weitere Verbreitung der Ausführungen des Kollegen Hillmann verhindern. Diese zahlreichen Informationen können wir hier nur insoweit wiedergeben, wie sie für uns zu notieren waren.

Was in Hannover geschah

Im Verlag Madsack war bis 1945 die regionale Parteizeitung der NSDAP erschienen. Deshalb bekam Madsack nach dem Krieg nicht sofort die Lizenz für eine neue Zeitung, stattdessen erhielt sie die SPD. Sie gab dann die 'Hannoversche Presse' (HP) heraus. Nach Aufhebung der Lizensierung erschien im April 1949 die 'Hannoversche Allgemeine Zeitung' (HAZ) bei Madsack als CDU-nahestehende Zeitung. Außerdem gab es früher noch die liberale 'Hannoversche Rundschau'. Bis in die 60er Jahre war die SPD-Zeitung die auflagenstärkste Zeitung in Hannover. Anfang der 70er Jahre übernahm die 'Hannoversche Presse' die 'Hannoversche Rundschau' und nannte sich dann 'Neue Hannoversche Presse' (NHP). Die Schwierigkeiten, die die SPD mit ihren Zeitungen hatte, führten dazu, daß 1970 (nach einem Konzept von Heinz Ruhnau) eine 'Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft' (DDVG) als Finanzgesellschaft für alle SPD-Zeitungen gegründet wurde, in die die Druckerei der 'Neuen Hannoverschen Presse' , die 'Hannoversche Druck- und Verlagsgesellschaft' (HDVG) als 100prozentige Tochter eingegliedert wurde. Versuche, die Zeitung populärer zu machen und mit einem größeren Lokalteil auszustatten, behoben nicht die Finanzierungsprobleme. Der größte Konkurrent auf dem hannoverschen Zeitungsmarkt, die 'Hannoversche Allgemeine Zeitung' von Madsack, hatte nicht diese Schwierigkeiten, die Auflage stieg und überholte bald die der 'Neuen Hannoverschen Presse'.
Im Januar 1973 wurde zwischen den beiden Konkurrenten eine gemeinsame Anzeigen- und Vertriebsorganisation vereinbart. Zu diesem Zeitpunkt hatte die 'Hannoversche Allgemeine Zeitung' eine Auflage von 300 000, die 'Neue Hannoversche Presse' eine Auflage von 92 000. Die 'Neue Hannoversche Presse' stellte verschiedene Bezirksausgaben ein und reduzierte ihren Manteldienst für verschiedene umliegende Zeitungen. Das führte laufend zu Entlassungen im Druckbetrieb, in der 'Hannoverschen Druck- und Verlagsgesellschaft' und in der Herausgeberfirma, der 'Neuen Hannoverschen Zeitung' GmbH (in die sich der Madsack-Konzern inzwischen mit 50 Prozent eingekauft hat). Von den einstmals 1 260 Beschäftigten bei der 'Hannoverschen Druck- und Verlagsgesellschaft' sind 1974 noch knapp die Hälfte im Betrieb. Die Lage spitzt sich für die Kollegen weiter zu, als bekannt wird, daß die Geschäftsführer der 'Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft' ihre hannoversche Zeitung für einen "absterbenden Ast" halten und sich mit dem Geld, was sie angeblich für ein SPD-ei-

genes Druckzentrum zurückgehalten haben, in die neuerstellte Großdruckerei von Madsack in Hannover-Kirchrode einkaufen. Madsack hatte sich hier etwas übernommen und mußte 2 Kommanditisten aufnehmen ('Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft'und Oppenberg, den Herausgeber der 'Neuen Ruhr Zeitung'). Die Kollegen sind empört über die Art, wie ihnen jede Einflußmöglichkeit ihres Betriebsrates und der im Betriebsverfassungsgesetz gegebenen Rechte beschnitten werden. Sie wenden sich frühzeitig an die führenden Funktionäre der SPD mit der Aufforderung, daß die SPD in Hannover ihre Zeitung behalten und die Arbeitsplätze bei der 'Hannoverschen Druck- und Verlagsgesellschaft' gesichert bleiben müßten. Die Führung der 'Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft' will "nicht nur nach Mark und Pfennig" entscheiden, und führende Lokalpolitiker der SPD beteiligen sich zusammen mit allen möglichen Vertretern des "öffentlichen" Lebens an einer Kampagne "Hannover braucht zwei Zeitungen"; es nützt aber alles nichts. Trotz mehrerer Demonstrationen der Beschäftigten im grafischen Gewerbe Hannovers wird bis zum Frühjahr 1975 fast allen Kollegen bei der 'Hannoverschen Druck- und Verlagsgesellschaft' und der 'Neuen Hannoverschen Zeitung' GmbH gekündigt. Die 'Neue Hannoversche Presse' überlebt nur noch als vierseitige Hülle des Innenteils der 'Hannoverschen Allgemeinen Zeitung', was für die Kollegen auch nur ein Hinauszögern der endgültigen Liquidierung der 'Neuen Hannoverschen Presse' bedeutet. Der Druckerei der 'Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft' werden mit allen möglichen Tricks mehrere Druckaufträge entzogen, die Großdruckerei in Kirchrode (Madsack) übernimmt mit ihren noch freien Kapazitäten viele Aufträge. Obwohl bei der 'Hannoverschen Druck- und Verlagsgesellschaft' die Voraussetzungen zur Abwicklung verschiedener Aufträge alle vorhanden sind, werden die fachlichen Argumente der Kollegen nicht gehört - die Druckerei soll einfach überflüssig gemacht werden. Die Empörung unter den Kollegen in Hannover ist groß.

Im Anschluß an das Referat des Kollegen Hillmann wurden von den Diskussionsteilnehmern einige allgemeine Erfahrungen wiedergegeben.

1. Die sozialdemokratische Presse, die danach strebte, mit der bürgerlichen Presse mitzuhalten, hatte damit die Voraussetzungen für ihren eigenen Untergang geschaffen, sobald das Pressewesen überhaupt vom allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang ergriffen und mitgerissen wurde. Alle Versuche, mit der Axhaltpresse Schritt zu halten, müssen dazu führen, weil -wie ein Kollege es ausdrückte- <u>ein</u> Schundblatt zur Verdummung der Arbeiter genügte, für ein zweites aber kein Platz mehr blieb.

2. Die SPD konnte sich auf kein solidarisches Verhalten ihrer Wähler oder

Mitglieder mehr stützen, wie dies noch 1933 oder auch zum Teil nach dem 2. Weltkrieg der Fall war. In der Zeit des Wirtschaftsaufstiegs war die Voraussetzung für eine solche Solidarität nicht gegeben.

3. Die Ideologie von den "sozialistischen","sozialdemokratischen" oder "Arbeiterbetrieben" findet aufgrund der Erfahrungen der dort Beschäftigten keinen Widerhall mehr. ("wenn in Bonn so gewirtschaftet wird, wie bei der 'Neuen Hannoverschen Presse' gewirtschaftet wurde, was muß dann für ein Chaos in diesem Staatshaushalt herrschen", meinten einige Kollegen)
Der wirtschaftliche und politische Niedergang hat nicht nur die sozialdemokratische Presse, sondern auch die Genossenschaftsbewegung erfaßt. Der Verfall der GBG-Betriebe und der Konsumgenossenschaften in den letzten 15 Jahren ist Ausdruck dafür. Beigetragen zum Ruin haben nicht zuletzt jene Manager, die von Partei und Gewerkschaften an die Spitze dieser "Arbeiterbetriebe" gesetzt wurden. Einmal sind da Leute wie Krohn, früherer Chef der 'Neuen Hannoversche Presse', heute HSV-Geschäftsführer, demnächst vielleicht Großhändler für Särge und Würstchen, denen es völlig gleichgültig ist, was sie unter die Leute bringen. Sie interessiert nur der Umsatz und der Gewinn. Die gewerkschaftlichen und politischen Ziele von Arbeitern lehnen sie ab. SPD und Gewerkschaftsspitzen holen sich diese Leute, stützen sich auf deren Verkaufsfinessen und Werbetricks, weil sie sich nicht auf ihre Mitglieder und Anhänger und Wähler verlassen wollen. Es gibt aber noch eine zweite Sorte von "Führungskräften" in den Partei- und Gewerkschaftsbetrieben. Das sind jene, die sich in der "Bewegung" hochgedient haben und mit einem Posten belohnt werden, damit sie bei der Stange bleiben. Diese "Genossen", die früher unseresgleichen gewesen sind, haben oftmals nicht die geringste Qualifikation für die Aufgaben, die ihnen übertragen wurden, und eignen sie sich auch nicht an. Persönliche Bereicherung und Karriere stehen bei ihnen im Vordergrund. Beiden Typen von Managern ist gemeinsam, daß sie nichts davon wissen wollen, wie die Genossenschaften und Arbeiterzeitungen einmal entstanden sind und unterhalten wurden: zur Selbsthilfe und politischen sowie gesellschaftlichen Aufklärung der Arbeiter, finanziert aus den Groschen, die Millionen von Kollegen von ihrem knappen Lohn abgezweigt haben. Heute stehen wir vor dem Trümmerhaufen, der mitverursacht wurde durch die Mißwirtschaft dieser "Füürungskräfte".

Was ist dagegen zu tun? Für die Kollegen vor allem in Gewerkschafts- und Parteibetrieben führt unseres Erachtens kein Weg daran vorbei, daß si sie den fachlichen Gesichtspunkten bei Veränderungen in der Produktion Vorrang verschaffen und vor allem prüfen, ob die "von oben" getroffenen

Maßnahmen der Erhaltung der Arbeitsplätze und des Betriebes dienen, also neue Maschinen und Arbeitsmethoden nur dann, wenn kein Kollege dadurch brotlos wird. Das muß unweigerlich dazu führen, die Sozialdemokratie beim Wort zu nehmen mit den Versprechungen, die wir vor allem zu hören bekommen, wenn Wahlen bevorstehen. So erklärte etwa der Spitzenkandidat der SPD bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein, die Partei würde ihr letztes Hemd für die Sicherheit der Arbeitsplätze hergeben. Es liegt an uns zu prüfen, ob und wie die SPD dieses Versprechen wahr macht. Das können aber z. B. nicht jene 8 von insgesamt 300 Auer-Kollegen besorgen, die zur letzten Delegiertenversammlung gekommen sind. Dafür ist erforderlich, daß die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder sich um ihre Organisation kümmert. Erst dort ist es möglich, Kontakt zu finden zu Kollegen aus anderen Betrieben, um die anstehenden Probleme zu beraten und Voraussetzungen zu schaffen für ihre Lösung auf einer gemeinsamen Grundlage.

Hamburger Beilage zur Arbeiterpolitik Nr. 3/75
Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Günter Kuhlmann, 28 Bremen, Admiralstr. 139. Herstellung und Vertrieb: Margret Kuhlmann, 28 Bremen, Postfach 1641